



Red Hand Day 2015

-

Pressekonferenz
am 12. Februar 2015
Bundespressekonferenz, Berlin

Statement

Antje Weber

Kindernothilfe e.V.

I. Minderjährige und die deutsche Bundeswehr

Die Schilderungen zu den deutschen Rüstungsexporten haben deutlich gemacht, dass auch die Bundesregierung gefragt ist, wenn es um den Einsatz gegen Kinder als Soldaten geht. Der Handlungsbedarf geht jedoch weit über das Thema Rüstungsexporte hinaus. Heute möchten wir den Blick auf ein weiteres Themenfeld richten, das in Deutschland vielfach nicht debattiert wird. Keineswegs zu vergleichen mit dem Schicksal von Kindersoldaten, und dennoch unverantwortlich ist die Rekrutierung rund 1.000 minderjähriger SoldatInnen pro Jahr durch die Bundeswehr sowie die exzessive Nachwuchswerbung bei Kindern und Jugendlichen. Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten hat zwei Forderungen zu diesem Themenfeld, die ich nun darlegen werde.

a) Rekrutierungsalter bei der Bundeswehr auf 18 Jahre anheben

Deutschland hat sich mit der Ratifizierung des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes (UN-KRK)¹ und des Fakultativprotokolls betreffend die Beteiligung von Kindern in bewaffneten Konflikten² dazu verpflichtet, Kindern – d.h. Mädchen und Jungen unter 18 Jahren - besonderen Schutz vor Konflikten zu gewähren. In der UN-KRK klafft hier jedoch eine eklatante Schutzlücke: Nach Art. 38 UN-KRK ist es erlaubt, 15-Jährige als Soldaten einzuziehen. Da Kinder so Gefahr laufen, in Kriegen und Konflikten Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen zu werden, sollte diese Lücke mit dem Fakultativprotokoll geschlossen werden. Im Ergebnis ist das nur teilweise gelungen: staatliche Armeen dürfen im Gegensatz zu nicht-staatlichen Gruppen weiterhin 16-jährige Freiwillige anwerben.

Die große Mehrheit der Vertragsstaaten verzichtet freiwillig auf diese Option – zum Schutz der Kinder. Die deutsche Bundeswehr hingegen wirbt weiter Minderjährige an. Allein im Jahr 2013 wurden laut eines Sprechers des Verteidigungsministeriums 1.032 17-Jährige als Soldaten rekrutiert.³ In der EU verfahren nur Frankreich, Großbritannien, Österreich, die Niederlande und Zypern ähnlich. Die Folgen für die minderjährigen Freiwilligen sind oft verheerend. Vielen von ihnen ist nicht klar, worauf sie sich einlassen. Darauf lässt auch der aktuelle Bericht des Wehrbeauftragten der Bundeswehr schließen, der im Januar 2015 vorgestellt wurde. Weiterhin ist der freiwillige Wehrdienst von einer hohen Abbruchquote gekennzeichnet. Im Berichtsjahr lag die Quote bei 23%. Laut Bericht beendeten „20 Prozent [...] den Wehrdienst während der sechsmonatigen Probezeit auf eigenen Wunsch und gaben

¹ Übereinkommen über die Rechte des Kindes (1989), http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CRC/crc_de.pdf

² Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten vom 25. Mai 2000, http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CRC/crc_op1_de.pdf

³ Deutschlandfunk vom 24. Januar 2014: „Belästigte Soldatinnen und minderjährige Rekruten“, http://www.deutschlandfunk.de/bundeswehr-belaestigte-soldatinnen-und-minderjaehrige.1818.de.html?dram:article_id=275503

wichtige persönliche Gründe für ihre Entscheidung an [...]“⁴ Als Gründe wurden „[...] vielfach der raue Umgang mit den Rekruten, eine Über- oder Unterforderung und die mangelnde Förderung der vorhandenen Fähigkeiten [...]“⁵ genannt. Die Zahl der Minderjährigen unter den Abbrechern wird nicht aufgeführt. Berichte aktiver Soldaten lassen jedoch vermuten, dass sich vor allem junge Freiwillige mit der Situation überfordert fühlen. So erläutert Florian Kling, Sprecher des Darmstädter Signals, einem Zusammenschluss kritischer Bundeswehrsoldaten: „Vielen Freiwilligen ist in diesem jungen Alter nicht bewusst, worauf sie sich einlassen. Aus eigener Erfahrung kennen wir die Probleme sehr junger Soldaten. Oft fehlt für den Dienst die notwendige Reife“, so Kling.⁶

Das Verhalten Deutschlands wird auch auf internationaler Ebene kritisch gesehen. So hat der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes die Bundesregierung im Februar 2014 zum Abschluss des deutschen Staatenberichtsverfahrens aufgefordert, die Altersgrenze für die Rekrutierung von Soldaten auf 18 Jahre anzuheben.⁷ Im Zuge dieses Verfahrens haben wir unseren Schattenbericht Kindersoldaten 2013⁸ an den Ausschuss übermittelt, der dieselbe Forderung enthält. Zu Beginn des Jahres 2015 hat Deutschland den Vorsitz des UN-Menschenrechtsrats übernommen. Mit dieser Funktion geht eine große Verantwortung auf internationaler Ebene ein. Die Bundesregierung sollte diese Verantwortung wahrnehmen und die Chance nutzen, um als Vorbild überzeugend voranzugehen. Die Anhebung des Mindestalters für die deutsche Bundeswehr ist dabei ein unerlässlicher Schritt, den es in der laufenden Legislaturperiode umzusetzen gilt.

b) Nachwuchswerbung der Bundeswehr an Schulen unterlassen

Um das Nachwuchsproblem nach dem Ende der Wehrpflicht zu lösen, wirbt die Bundeswehr offensiv auch an Schulen und bei Großveranstaltungen mit vorrangig jugendlichem Publikum um Nachwuchs. Der Jahresbericht der Jugendoffiziere 2013⁹ macht deutlich, dass

- über 6.000 Jugendoffiziereinsätze mit über 150.000 TeilnehmerInnen stattfanden;
- die Jugendoffiziere 2013 3.260 Vorträge hielten und damit knapp 90.000 TeilnehmerInnen erreichten. Zielgruppe waren SchülerInnen und StudentInnen;

⁴ Jahresbericht des Wehrbeauftragten der Bundeswehr 2014, Drucksache 18/3750 vom 27. Januar 2015, http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/DchBDslwDAXRs3ABe8-utwA2yGI_HNPKRa5Drk80IvcNv3im8jOVtNPI4Ac_V7uXQWVsoCsDlnslaol0um-HKJzMHYF37WhzKo1pgfSalZol-kgLXAVha0v-7svtDyHjxUM!, S. 46.

⁵ Ebd.

⁶ Pressemitteilung des Deutschen Bündnis Kindersoldaten vom 12. November 2013, Kinderrechte in den Blick nehmen - Offener Brief an Kanzlerin Merkel zur Nachwuchswerbung der Bundeswehr, <http://www.kindersoldaten.info/Aktuelles/Kinderrechte+in+den+Blick+nehmen.html>

⁷ Committee on the Rights of the Child: Concluding observations: GERMANY, CRC/C/DEU/CO/3-4 vom 31. Januar 2014, deutsche Fassung des Deutschen Instituts für Menschenrechte abrufbar unter: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CRC/crc_state_report_germany_3_4_2010_cobs_2014_de.pdf §77a, S. 20.

⁸ Deutsches Bündnis Kindersoldaten (Hrsg.): Schattenbericht Kindersoldaten 2013 von Dr. Hendrik Cremer, http://www.kindersoldaten.info/kindersoldaten_mm/downloads/Lobbyarbeit/Schattenbericht+Kindersoldaten+2013.pdf

⁹ Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2013 <http://www.jugendoffizier.eu/unsere-vortraege/?PHPSESSID=5caa4b1115571cf32130096364c7ce90> S. 4.

- rund 35.000 TeilnehmerInnen an ein- und mehrtätigen Seminaren teilnahmen, die sich vor allem an MultiplikatorInnen wie LehrerInnen und ReferendarInnen richteten.

Insgesamt sind diese Zahlen zwar in allen Bereichen zurückgegangen, jedoch werden als Gründe die Umstrukturierung der Streitkräfte im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr, Probleme bei der Stellenbesetzung sowie die Einengungen zeitlicher Spielräume für LehrerInnen genannt.¹⁰ Inhaltliche Bedenken spielen keine Rolle. 2014 war daher ein großes Ziel der Bundeswehr, diese Hürden zu überwinden und die Zahlen wieder zu steigern. Der für Sommer 2015 erwartete Jahresbericht 2014 wird darüber Aufschluss geben.

Darüber hinaus fand 2014 erneut ein Adventure Camp auf Sardinien¹¹ statt, das die Bundeswehr mit Begriffen wie „Action“, „Adventure“, „Team-Challenge“ und „Sport am Strand“ bewarb. Die Zielgruppe dieser Werbemaßnahmen ist erschreckend jung: Die Kernleserschaft der Bravo ist zwischen 12 und 17 Jahre alt, auch 10-Jährige lesen das Blatt aus dem Bauer Verlag. Viel Geld fließt in derartige Werbemaßnahmen für Minderjährige. Im Jahr 2012 hatte der Bauer-Verlag nach Angaben der Bundeswehr 215.000 Euro für die Werbung erhalten. Die Camps, für die sich 16- bis 19-Jährige bewerben können, kosteten damals weitere 40.000 Euro. Die in der Werbung verwendeten Bilder zeigen Sommer, Sonne, Strand und Meer und haben mit der Realität von Militäreinsätzen nichts zu tun. Die im Kriegsgebiet drohenden Gefahren wie Verwundung, Tod, Traumatisierung oder das Töten von Menschen werden in der Kampagne nicht angesprochen. Derart einseitige und realitätsferne Militärwerbung bei Minderjährigen ist nicht nur ethisch fragwürdig – sie ist auch nicht mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der UN-Kinderrechtskonvention vereinbar. Dies machte auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes im Februar 2014 zum Abschluss des deutschen Staatenberichtsverfahrens deutlich. Das international besetzte Expertengremium fordert die Bundesregierung auf, „alle Formen von Werbekampagnen für die deutschen Streitkräfte, die auf Kinder abzielen [zu] verbiete[n]“¹².

Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten fordert daher an Schulen und in anderen Bereichen eine ausgewogene Beschäftigung mit der Thematik „Krieg und Frieden“. Friedenserziehung sollte einen festen Platz in den Curricula und bei der Lehrerausbildung haben.

Herzlichen Dank!

Kontakt: antje.weber@knh.de, Tel.: 0203 7789 180, Mobil: 0157 74784016

¹⁰ Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2013 <http://www.jugendoffizier.eu/unsere-vortraege/?PHPSESSID=5caa4b1115571cf32130096364c7ce90> S.19.

¹¹ Link zur Werbung im Jugendmedium Bravo aus August 2014: <http://www.bravo.de/sommer-highlight-2014-gewinne-einen-platz-im-bundeswehr-adventure-camp-auf-sardinien-246617.html>

¹² Committee on the Rights of the Child: Concluding observations: GERMANY, CRC/C/DEU/CO/3-4 vom 31. Januar 2014, deutsche Fassung des Deutschen Instituts für Menschenrechte abrufbar unter: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CRC/crc_state_report_germany_3_4_2010_cobs_2014_de.pdf §77b, S.20.